

# Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:  
Heinrich G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 39/30  
Telefax: 888 848 ppbn d  
Telefax: 21 06 84



## Inhalt

Konrad Gilges MdB zu Norbert Blüms populistischem Gehabe: Soziale Kälte herrscht in diesem Land.  
Seite 1

Gernot Erier MdB zu Eigenheiten und Hintergründen eines für Gorbatschow kaum lösbaren Konflikts: Die Haß-Explosion in Transkaukasien (Teil I).  
Seite 3

### Dokumentation:

SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr richtete sich am vergangenen Samstag an die Delegierten des wiedergegründeten SPD-Landesverbandes Thüringen in Gotha mit einem Grußwort, aus dem wir jene Passagen dokumentieren, die sich mit dem sicherheitspolitischen Kontext der Entwicklung auseinandersetzen.  
Seite 6

45. Jahrgang / 21

30. Januar 1990

Soziale Kälte herrscht in diesem Land

Zu Norbert Blüms populistischem Gehabe

Von Konrad Gilges MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Seit Tagen macht sich der Sozialminister über die Änderung des Fremdrentengesetzes seine Gedanken. Was den Verfolgten und Geknechteten zugute kommen sollte, so seine Überlegung, müsse den ehemaligen Stasi-Mitarbeitern verwehrt bleiben. Die vollmundigen Töne können auf Applaus hoffen, trotzdem bleibt ein fader Beigeschmack, denn wieviele Nazi-Schergen sind in den Genuß dieser und ähnlicher Leistungen gekommen? Und überhaupt: Wer legt den Grad der Verdächtigkeit fest? Ist der Portier im Gebäude der Staatssicherheit in Leipzig noch unverdächtig, während die Sekretärin aber bereits für Unrecht verantwortlich ist? Hat etwa der Schnüffler ein Recht auf Rentenbezüge, der hier sein Wissen an unsere „Verfassungsschützer“ weitergibt?

Norbert Blüms populistisches Gehabe war mal wieder ein Schnellschuß, an der Grenze zur Verfassungswidrigkeit. Doch der Vorfall ist mehr. Er ist ein Indiz für die Unredlichkeit konservativer Politik. Während der Sozialminister mit Simplifizierungen die Öffentlichkeit aufhetzt, wächst in unserem postulierten sozialen Bundesstaat die Armut. Debatten über das Fremdrentengesetz sollen von einer schrecklichen Wahrheit ablenken.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressediens GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Heruntergeladen  
aus der Datenbank  
Rechnung-Papier



Noch nie waren so viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland auf Sozialhilfe angewiesen. Mehr als zwei Millionen Bundesbürger erhielten 1987 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, das sind etwa fünf Prozent aller Haushalte. Seit 1980 ist diese Gruppe jährlich um acht Prozent gewachsen und es bleibt zu vermuten, daß die Zahl der Anspruchsberechtigten nochmals so groß ist. Insbesondere Frauen, aber auch Personen im jugendlichen und erwerbsfähigen Alter müssen auf die letzte Masche im „sozialen Netz“ zurückgreifen.

Viele ältere Frauen sind nach einem Bericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes von Armut betroffen. Fast zehn Prozent der über sechzigjährigen sind Sozialhilfeempfängerinnen und die Dunkelziffer dürfte nochmals so hoch sein. Auch die Zahl der Hilfeempfänger im Alter von 18 bis 25 Jahren ist in den letzten Jahren überdurchschnittlich gewachsen. Kamen noch 1980 auf 1.000 Einwohner gleichen Alters 19 Personen, die entsprechende Leistungen erhielten, waren es 1986 bereits 43 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Ähnliche „Steigerungsraten“ sind bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen zu beobachten. Hier entfiel ein großer Teil der Leistungen auf die Hilfe zur Pflege. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Eingliederungshilfe für Behinderte.

Derartige „abgehobene“ Zahlen sollten aufschrecken. Ebenso die täglich sich verschlechternde Wohnsituation, die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Versorgung mit Kindergartenplätzen und so fort. Doch der für die Sicherung der sozialen Gerechtigkeit verantwortliche Minister ergeht sich in Selbstgefälligkeit, nimmt Karnevalsorden und interessengebundene Auszeichnungen entgegen. Die Konservativen haben offensichtlich längst ein Drittel unserer Mitbürger „abgeschrieben“, doch schon bald kann sich die Kaltschnäuzigkeit gegen die Verantwortlichen selbst wenden.

(-/30.1.1990/voh/rs)

\* \* \*

## Die Haß-Explosion in Transkaukasien (Teil I)

Zu Eigenheiten und Hintergründen eines für Gorbatschow kaum lösbaren Konflikts

Von Gernot Erler MdB

I.

Als am 5. Januar der Moskauer ZK-Sekretär Girenko die sowjetisch-iranische Grenze auf dem Gebiet der Autonomen Sowjetrepublik Nachitschewan inspizierte, nachdem dort ansässige Aserbaidschaner Grenzanlagen niedergehauen hatten, meinte er, es handle sich um ein Problem bisher nicht ermöglichter Verwandtenbesuche. Er hat sich gründlich geirrt. Was er vergeblich einzudämmen versuchte, ist inzwischen zu einer Explosion von Haß und Gewalt eskaliert und bedroht den Bestand des Sowjetstaates als Union.

Die weiteren Stationen hießen: am 9. Januar verschärfen sich die Unruhen in Berg-Karabach, wo sich seit Februar 1988 armenische und aserbaidschanische Bewohner feindlich gegenüberstehen; parallel dazu beginnen in Baku Pogrome gegen den noch verbliebenen (einst 220.000-köpfigen) armenischen Teil der Zwei-Millionen-Stadt; am 15. Januar verhängt Moskau den Ausnahmezustand über Nagornyj Karabach, die aserbaidschanisch-iranischen Grenzregionen und den armenischen Bezirk Goris; am 17. Januar erhält das sowjetische Militär Schießbefehl und marschiert am 20. Januar in Baku ein, den Widerstand bewaffneter Freischärlergruppen der armenischen Volksfront brechend; am 25. Januar müssen sich sowjetische Kriegsschiffe den Weg aus dem Hafen von Baku gegen eine Schiffsblockade freischießen; Nachitschewan hat sich inzwischen von der Sowjetunion losgesagt, und der Oberste Sowjet von Aserbaidschan droht offen mit dem Austritt der Republik aus der Sowjetunion.

Die Nüchternheit dieser Fakten läßt nicht ahnen, mit welchen grotesken Vorgängen sie verbunden sind. In Armenien überfallen Gruppen junger Nationalisten Waffendepots von Polizei, Armee und KGB, um ihre Kampfgruppen auszurüsten, die dann an die Republikgrenze eilen, um auf Aserbaidschaner zu schießen. Die Behörden stellen sogar Hubschrauber zur Verfügung, um Bewaffnete bei bedrängten armenischen Dörfern in der Region Berg-Karabach abzusetzen. Es gibt Meldungen über Luftangriffe auf Ortschaften. Nagornyj Karabach ist von der Außenwelt abgeschnitten. Straßensperren hindern auch jeden zivilen Verkehr, Schützengräben zerschneiden die Landschaft.

Der Haß treibt Horden von Aserbaidschanern an, die in Baku und anderswo in Wohnungen von Armeniern eindringen, deren Adressen vorher auf Kundgebungen per Zettel bekanntgegeben werden. Im günstigsten Fall müssen die armenischen Familien die Wohnungen verlassen und werden ausgeplündert und verprügelt. Nur Flucht kann sie retten, wenn sie nicht massakriert werden wollen. Wie konnte es zu solchen Ausbrüchen negativster Gefühle zwischen zwei Nachbarvölkern kommen? Ein wenig Auskunft darüber kann die Geschichte geben.

II.

Das stolze indoeuropäische Volk der Armenier, seit dem 5. Jahrhundert mit Alphabet und Literatursprache ausgestattet, führt seine Herkunft auf die Thraker, Skythen und die kaukasischen Ureinwohner der Urartus zurück. Als erstes Land der Welt erklärte Armenien das Christentum im Jahre 301 zur Staatsreligion. Ab 1828 eroberte der russische Zar immer weitere Teile des Landes, doch wehrten sich die Armenier in einer Nationalbewegung gegen jede Russifizierung. Trauma dieses Volkes ist jedoch die systematische Ausrottungspolitik, mit der die Türken es zwischen 1862 und 1920 verfolgten und die sie 1915 im Windschatten des Ersten Weltkrieges zu blankem Völkermord steigerten. Armenische Historiker sprechen von mehr als zwei Millionen Opfern. Nach der Oktoberrevolution und der kurzen Episode einer Transkaukasischen Föderation zusammen mit Georgien und Aserbaidschan hielt sich ein unabhängiges Armenien von Mai 1918 bis Ende 1920. Die Bolschawiki trafen dann verhängnisvolle Entscheidungen für diese Region. Die im Dezember 1920 gebildete Sozialistische Sowjetrepublik Armenien verliert 1921 die Gebiete Ararat, Kars und Ardahan an die Türkei. Nach dem erneuten Zusammenschluß mit Georgien und

Aserbaidschan zur Transkaukasischen Sozialistischen Föderation Sowjetrepublik 1922, entscheidet Stalin 1923, daß das überwiegend armenisch besiedelte Nagornyj Karabach als Enklave ebenso zu Aserbaidschan gehören soll wie das überwiegend aserbaidschanisch besiedelte Nachitschewan als Autonome Republik inmitten Armeniens. Nach Auflösung der Föderation 1936 blieb dieser Status erhalten. Heute leben etwa 3,5 Millionen Armenier in der Armenischen Sowjetrepublik, wahrscheinlich eine weitere Millionen in der nördlichen Türkei sowie etwa zwei Millionen im übrigen Ausland, vor allem in Frankreich, dem Libanon und den Vereinigten Staaten.

Die Aserbaidschaner sind ein turksprachiges Volk, in dem sich türkische, iranische und kaukasische Elemente verbunden haben. Sie wurden im achten Jahrhundert von den Arabern unterworfen und islamisiert und gerieten seit dem elften Jahrhundert immer stärker unter türkischen Einfluß. Die russische Geschichte kennt sie als Tataren, deren Chanate der Zar ab Mitte des 18. Jahrhunderts einzusammeln begann. Nach der Niederlage Persiens kam Aserbaidschan 1913 gänzlich an Rußland. Zu dieser Zeit war Baku der Welt wichtigster Ölförderplatz und ein Schmelztiegel verschiedenster Nationalitäten. Damals spielten die Russen gelegentlich Aserbaidschaner und Armenier gegeneinander aus. Unter dem Sowjetstern nahm Aserbaidschan einen ähnlichen Weg wie Armenien. Auch hier blieb die unabhängige Republik nur Episode zwischen Mai 1918 und April 1920, gekennzeichnet von den europäischen Interventionsstruppen, die sich am Kaspischen Meer festgesetzt hatten. In der Aserbaidschanischen Sowjetrepublik leben sieben Millionen Aserbaidschaner, acht Prozent der Bevölkerung sind armenischer Herkunft. In Baku fördert die Sowjetunion heute nur noch zwei Prozent ihres Erdöls, stellt aber 60 Prozent der Förderungstechnik und -ausrüstung her. 70 Prozent der Aserbaidschaner sind schiitische, 30 Prozent sunnitische Moslems. Die Zahl der Aserbaidschaner in den angrenzenden Regionen des Iran (von ihnen „Südaserbaischan“ genannt) wird auf 4,6 Millionen geschätzt.

Die Geschichte hat viele Zusammenstöße zwischen Aserbaidschanern und Armeniern überliefert, besonders aus den gemischten Siedlungsgebieten. Das Türken-Trauma der Armenier läßt sich leicht auf die turksprachigen Aseris (so nennen sich die Aserbaidschaner heute) übertragen. Als Christen hatten sie im 19. Jahrhundert in der Abwehr der Türken noch auf den Gebrauch von Waffen verzichtet. Jetzt glauben die von der nationalistischen armenischen Volksfront geprägten Freischärlergruppen, sich gegen einen erneuten islamischen Vernichtungsfeldzug wehren zu müssen. Von der Hauptstadt Erewan aus sieht man den ewig schneebedeckten Gipfel des 5.169 Meter hohen heiligen Berges Ararat, der heute auf türkischem Boden steht. Die Armenier nennen ihn „Berg in Gefangenschaft“. Den Aserbaidschanern unterstellen sie islamisch-fundamentalistische sowie npentürkische Gefühle.

Gang abwegig sind diese Befürchtungen nicht. Die iranischen Revolutionsführer beobachten die Krise in Transkaukasien mit wachem Interesse und interpretieren sie als „islamische Revolution“. Die Zeitung „Dschumhuri Islami“ begeisterte sich: „Die Sonne des Islams erstrahlt erneut über dem Kaukasus.“ Besonnenere islamische Politiker denken an die mehr als vier Millionen Aserbaidschaner im Iran und raten zur Zurückhaltung. Doch die 790 Kilometer lange Grenze zwischen Iran und Aserbaidschan ist in den letzten Wochen durchlässiger geworden. Glaubensbrüder überschreiten den Grenzfluß Areks auf Behelfsbrücken in beide Richtungen. Radio Täbris sendet auch in aserbaischanischer Sprache.

Die Türkei hat nur über 13 Kilometer eine gemeinsame Grenze mit Aserbaidschan, was aber die Träume unter dem Halbmond offenbar nicht bremsen kann. Der türkische Minister Konukman, eigentlich zuständig für die Flüchtlinge aus Bulgarien, prophezeite angesichts der Krise in Baku: „In den kommenden Jahren werden sich die Türken der Sowjetunion, Chinas und der Nachbarländer erheben, ihre Unabhängigkeit erhalten und Staaten unter den türkischen Farben bilden.“ In Erewan wird dies ebensowenig wie in Moskau als vertrauensbildende Maßnahme verstanden worden sein.

III.

Brisant werden historisch gewachsene und von verschiedenen Religionszugehörigkeiten verstärkte nationale Gegensätze meistens erst durch den Zusatz sozialer Spannungen. Der sowjetische Historiker J.V. Bromlej formulierte diesen Zusammenhang Anfang 1989 sehr zurückhaltend in der Zeitschrift „Voprosy Istorii“: „Perestrojka, Demokratisierung und Glasnost ließen bislang verborgene Momente der Spannung in den zwischenationalen Beziehungen sichtbar werden. Gleichzeitig stellte die Perestrojka Deformationen im Leben der Gesellschaft bloß, von denen sich viele auf die nationalen Beziehungen projizieren lassen. In vielen Regionen läßt sich das Anwachsen des nationalen Selbstbewußtseins zum Teil durch den Effekt eines Kompensierens langjähriger zentralistischer Direktiven, der Verletzung von Prinzipien sozialer Gerechtigkeit in den Beziehungen einzelner Völker erklären.“

Die seit Februar 1988 eskalierenden Ausschreitungen zwischen Armeniern und Aserbajdschanern haben zu einer weiteren Ansammlung sozialen Sprengstoffs geführt. Aus Angst vor Pogromen vollzieht sich in Transkaukasien eine Völker-Entmischung großen Stils. Erewan gibt die Zahl der aus Aserbajdschan bisher gekommenen Flüchtlinge mit 450.000 an, umgekehrt tauchten 165.000 Aserbajdschaner aus armenischen Gebieten in Baku und anderen aserischen Siedlungen auf. Aber nirgends finden sie Wohnungen und Arbeitsplätze. Sowohl aus Baku wie aus Erewan werden Wohnungsnot und Massenerbeitslosigkeit gemeldet. Dann wundert es wenig, wenn man hört, daß sich die Freischärler und herumziehenden, nach Opfern ausschauenden Horden vor allem aus den Flüchtlingen zusammensetzen. In Baku wendet sich der Haß bereits gegen alles, was nicht aserisch ist. In den letzten Tagen soll die Parole erschienen sein: „Wir geben den Armeniern ein Jahr, den Russen drei und den Juden fünf Jahre.“ Wohnungen von flüchtenden oder vertriebenen Armeniern werden sofort belegt. Die soziale Not schafft günstige Voraussetzungen für die Explosion von Haß, der die sowjetische Öffentlichkeit und die Führung in Moskau ratlos macht.

(-/30.1.1990/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**  
-----

**Egon Bahr: Ich kann nur bitten, daß die Geduld für die großen Schritte reicht**

SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr richtete sich am vergangenen Samstag an die Delegierten des wiedergegründeten SPD-Landesverbandes Thüringen in Gotha mit einem Grußwort, aus dem wir jene Passagen dokumentieren, die sich mit dem sicherheitspolitischen Kontext der Entwicklung auseinandersetzen.

Solange es die beiden Bündnisse gibt, kann ich mir keine staatliche Einheit vorstellen, jedenfalls gibt es kein Beispiel in der Geschichte, daß ein Staat zwei Bündnissen angehört. Als Bürger ihrer Staaten gehören die Deutschen noch den Bündnissen an. Als Menschen bereits nicht mehr. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Deutschen nicht mehr schießen werden. Beide Armeen sind nicht mehr kriegsverwendungsfähig gegeneinander. Vielleicht wissen das die Oberkommandos noch nicht, aber sie sollten es sich klarmachen. Alle Nachbarn können beruhigt sein: Von der Mitte Europas geht Frieden aus, wirklich radikaler Frieden. Auch das verdankt Europa den Menschen in der DDR. So stark waren die Bundesbürger nie.

Jetzt brauchen wir die beiden Bündnisse zur Abwicklung, zu Verhandlungen in Wien, zur Abrüstung, zu neuen Sicherheitsstrukturen, die Krieg nicht nur nach Gefühl, sondern kontrolliert, garantiert strukturell unmöglich machen. Das sozialdemokratische Konzept der Gemeinsamen Sicherheit ist von einer Idee zu einer Aufgabe geworden. Wenn im Laufe dieses Jahres in Wien der Vertrag unterzeichnet wird, der konventionelle Überlegenheiten beseitigt, denn sollten sofort in einem zweiten Abschnitt Verhandlungen beginnen zu einer drastischen, mindestens 50prozentigen, Reduktion der Streitkräfte und einer entsprechenden Stationierung, so daß strukturell Angriffe unmöglich werden. Nach dem Gefühl der Menschen sind Feldzüge schon unmöglich. Es ist an der Zeit, sie auch physisch unmöglich zu machen. Aus den Verhandlungen dürfen die Atomwaffen nicht ausgeklammert werden. Ziel muß es sein: keine Atomwaffen auf dem Boden von Staaten, die sie nicht besitzen. Die beiden deutschen Staaten oder auch ein vereintes Deutschland sitzen in einem Boot mit allen anderen europäischen Staaten, die keine Atomwaffen haben und nur Opfer wären. Die Idee der Selbstbestimmung schließt Atomwaffen-Freiheit ein. Mit den Ergebnissen von Wien II werden die Voraussetzungen geschaffen sein, um beide Bündnisse aufzulösen und durch ein gesamt-europäisches Sicherheitssystem zu ersetzen, das gleichbedeutend wäre mit dem gesicherten Frieden für Europa.

Wir sind auf dem richtigen Weg, dessen Ende definierbar ist. Die Konföderation ist auch vorher erreichbar wie die Vertragsgemeinschaft. Noch vorher muß die Währungs- und Wirtschaftsunion kommen. Wir sollten in keinem Augenblick vergessen, daß das Ganze ohne Gorbatschow auch nicht denkbar wäre. Jede Ungeduld ist verständlich, aber ich kann nur hoffen und bitten, daß die Geduld für die großen Schritte reicht, die nun möglich sind, obwohl niemand dies noch vor einem halben Jahr für möglich gehalten hat. Die Gestaltung eines friedlichen Europa, das vom Frieden zwischen den Deutschen ausgeht, das ist die Jahrhundertchance.

Das ist die historische Antwort auf ein Jahrhundert von Blut, Tränen und Ruinen, an denen die Deutschen wahrlich nicht unschuldig waren. Keine isolierte deutsche Lösung, keine Neutralität, schon gar nicht die Erweiterung der NATO, sondern die Europäisierung des Friedens in Deutschland ist die Aufgabe bis zum Ende dieses Jahrzehnts. Es wäre das sichere Fundament für das Europäische Haus.

(-/30.1.1990/vb-he/rs)